für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3



Mehr als 6 Monate dauert bereits der

Zahnärzte-Streik

für eine 68prozentige Lohn(Honorar)erhöhung. Das ergibt pro Zahnarzt eine durchschnittliche Erhöhung des Jahreseinkommens um

120 000 Schilling

Das sind wiederum durchschnittlich zwei Jahreseinkommen eines Arbeiters! Damit wollen die Zahnärzte ihr Einkommen an die Politiker, an die ÖGB-Bonzen und die bürokratischen Kapitalisten angleichen.

Sie geben damit uns, den werktätigen Menschen, ein lehrreiches Beispiel. Wir sollten bei den nächsten Lohnforderungen nicht darauf vergessen. Arbeiter, Angestellte und Beamte, macht es den Zahnärzten und Dentisten nach!



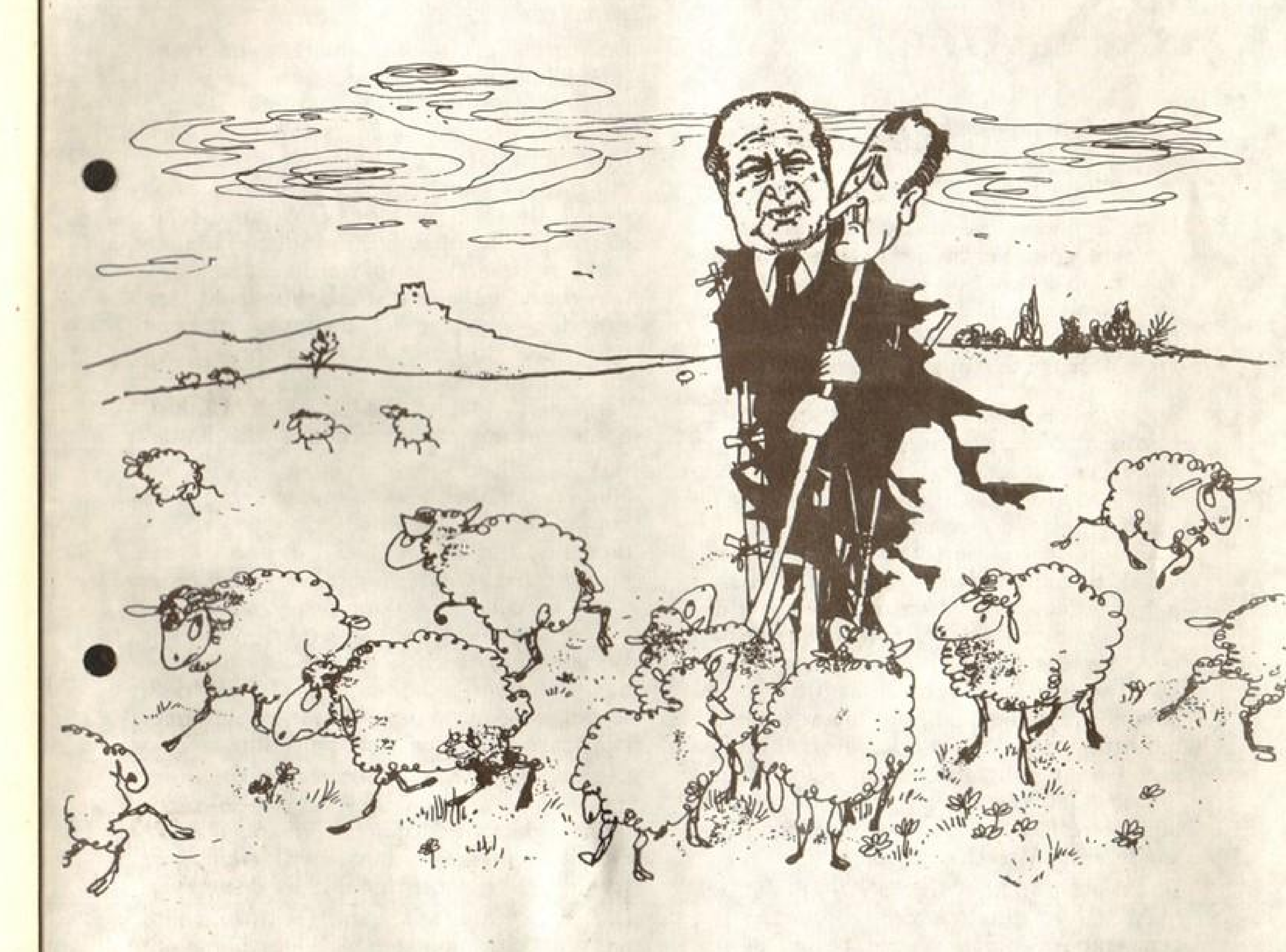
Übrigens: Der obige Text auf der Betriebsratstafel war Anlaß für eine Betriebsversammlung in einer Wiener Spedition. Auf dieser Versammlung wurden von den Arbeitern im Hinblick auf die enormen Preissteigerungen Lohnforderungen gestellt. Die geschlossene Kampfbereitschaft der Arbeiter führte zum sofortigen und vollen Erfolg.

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 80



Die Scheindemokratie hat eine Schlacht verloren

Der Jubel der diversen Wahl„sieger" klang gedämpft. Kein Wunder, denn früher meckerten die Schäfchen zwar, wählten dann aber doch wieder brav ihre Hirten. Das beginnt sich nun zu ändern (siehe Seite 6).

Wer hat den Hahn zugedreht?



Nicht irgendwelche nahöstliche Ölscheichs, sondern ganz bestimmte nahwestliche Geschäftemacher haben an der jüngsten „Krise" gut verdient. Beweis: Seit der prompt erfolgten Preiserhöhung gibt's Heizöl und Treibstoff wieder in jeder Menge.

Buchstäblich über Nacht mußte das österreichische Volk erkennen, wie ungesichert seine Zukunft ist. Der kurze Krieg im Nahen Osten hat schlagartig gezeigt, wer aller von der Erdölwirtschaft abhängig ist: jener große Teil der Bevölkerung, der mit Öl heizt; die Landwirtschaft, die Treibstoff für ihre Maschinen braucht; die werktätigen „Pendler" und Überland-Beschäftigten, die Benzin für ihre Fahrzeuge brauchen, weil sie sonst nicht ihrer Arbeit nachkommen können; und vor allem auch die Industrie, die Rohölprodukte als Betriebsmittel oder Rohstoff benötigt. Jäh ist auf diesem Gebiet ein „Engpaß" aufgetreten, und getroffen hat das – wie immer – besonders die Werktätigen.

Dabei bestand kein Grund zur Panik. Kein Mensch wird glauben, daß von einem Tag zum andern plötzlich Heizöl und Benzin bei den Tankstellen und in den Lagern der Ölgesellschaften ausgehen können. Vielmehr haben clevere Leute die angekündigte Verknappung von arabischem Erdöl auf dem Weltmarkt sofort ausgenützt, um die Profite zu erhöhen. Angefangen schon bei so manchem kleinen Händler bis hinauf zu den großen Firmen und Monopolen steckte nichts anderes hinter der „Krise". Ja, man kann ruhig sagen, daß die Bevölkerung „weichgeklopft" wurde, um einer enormen Verteuerung der Rohölprodukte keinen Widerstand entgegenzusetzen. Hierbei arbeiteten Regierung und Monopole – wie sollte es auch anders sein – Hand in Hand. Es geht uns jetzt jedoch nicht um diese Frage, auch nicht um die israelisch-zionistische Aggression gegen die arabischen Länder. Wir wollen vielmehr etwas anderes aufzeigen.

Da wurde uns nämlich immer wieder und jahrzehntelang eingeredet, wie gut es uns geht und wie der "Vater Staat" auf uns schaut, sofern wir nur „vernünftig" bleiben. Doch, siehe da, über Nacht kann es mit diesem Märchendasein schon zu Ende sein. Und darin liegt der Ernst der Sache: Heizöl, Treibstoffe, Erdölprodukte können wirklich einmal knapp werden, und alles, was daran geknüpft ist – behagliches Heizen, das Auto, der Arbeitsplatz –, ist dann gefährdet. Da gibt's dann schlagartig den Rückfall in Zeiten, die man schon längst vergessen glaubte. Die „Wohlstandsillusionen" zerrinnen dann schneller als die berühmte Butter auf dem Kopf.

Nun kommen wir zum Kern der Sache, zum kapitalistischen Gesellschaftssystem. Denn dieses System kennt nur Profit und wieder Profit. Und wenn's um den Profit geht, dann scheuen die kapitalistischen Machthaber vor nichts zurück, auch nicht vor Wirtschaftschaos oder Krieg. Dann ist es aus mit dem „schönen Leben", mit dem schnellen Auto, der Urlaubsreise, dem Häuschen im Grünen und so weiter.

Die kapitalistischen Volksbetrüger werden durch die Massenmedien schon bald beginnen, dem werktätigen Volk „Schuldige" zu präsentieren. Alles und jeder wird schuld sein, nur nicht sie und ihr System.

Die „Krise" bei Heizöl und Treibstoff sollte uns eine Warnung sein. Arbeiter, beginnen wir über die gesellschaftlichen Zusammenhänge nachzudenken; lassen wir uns nicht länger einreden, daß „Politik" nur einige wenige zu machen brauchen; erkennen wir, daß wir uns selbst um alle unsere Angelegenheiten kümmern müssen, daß wir arbeitenden Menschen Politik machen müssen. Politik in unserem eigenen Interesse! ●



Der Gastarbeiter – ein Aggressionsventil für Wirtschaftskrisen

Die Hetze gegen die ausländischen Arbeiter breitet sich immer mehr aus. Nicht nur in Österreich, sondern in fast allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern.

<u>Ausweitung der Industrieproduktion:</u> In einer kapitalistischen Wirtschaft ist das Motiv zur Erzeugung von Gütern nicht etwa die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen, sondern ausschließlich das Streben nach Profit, bzw. Profitmaximierung. Das Streben nach immer größeren Profiten bedingt eine wirtschaftliche und industrielle Expansion. Eine Folge der ständigen Ausweitung der Industriekapazitäten ist, daß der heimische Markt nicht mehr in der Lage ist, die von der Industrie erzeugten Waren profitbringend aufzunehmen. Als Ausweg dient Export. Nachdem es aber auf allen Exportmärkten zwischen den Industrienationen zu erbitterten Konkurrenzkämpfen kommt, ist die Exportindustrie gezwungen, so billig wie nur irgend möglich zu produzieren.

<u>Wie erzeugt man billig?</u> Man hat entweder die für die Produktion erforderlichen Rohstoffe billig in der Hand, indem man das Lieferland, ein meist unterentwickeltes Neokolonialland, ausbeutet. Oder man senkt die Fixkosten durch Erzeugung in großen Serien. Man kann die Produktionsstätte in ein unterentwickeltes Gebiet im eigenen Land verlegen, wo es noch jede Menge billiger und williger Arbeitskräfte gibt, aber auch im Ausland einen solch "profitsonnigen" Platz suchen. Beschreitet man aber den Weg der industriellen Expansion in einem Industrieballungsgebiet, weil man auf eine bereits bestehende hochentwickelte Infrastruktur nicht verzichten will, so kommt es zum bekannten "Engpaß" an Arbeitskräften im lokalen Bereich.

<u>Der Pendler:</u> Ein solches Industrieballungsgebiet wirkt wie ein Saugnapf auf alle "heimischen" unterentwickelten Gebiete, vor allem auf vorwiegend agrarisch strukturierte Gebiete. Es kommt zur Herausbildung einer Art "heimische Gastarbeiter", dem Pendler. Seine Arbeitsstätte ist meist 5o-1oo km von seinem Wohnort entfernt und er pendelt täglich oder alle paar Tage vom Wohnort zur Arbeitsstätte. Wenn er nicht alle Tage nach Hause fährt, wohnt er meist in einem Massenquartier. Will er dem ausweichen, so wird er als Untermieter bereits vertraut gemacht mit Mietwucher. Es gibt bereits Parallelen mit den Gastarbeitern.

<u>Gastarbeiter:</u> Reichen für die industrielle Expansion in einem solchen Ballungsgebiet auch die Pendler nicht mehr aus, so "besorgt" man sich die Arbeitskräfte aus dem Ausland, vor allem aus Ländern, die in der Industrialisierung noch weit hinten sind, agrarisch strukturiert sind und eine hohe Arbeitslosenquote aufweisen. Es kommt zur "Anwerbung" oder dem Import von "Gastarbeitern". Anders formuliert: Der Kapitalist braucht die Gastarbeiter, um im eigenen Land die industrielle Expansion zu ermöglichen und seine Profite auszuwerten. Würde man sie nicht brauchen, würde man sie nicht holen. Nur deshalb gibt es in Österreich ausländische Arbeiter. Wer ehrlich und objektiv nachdenkt, kann das leicht verstehen.

<u>Riesenprofite durch Gastarbeiter:</u> Genauso wie von jedem österreichischen Arbeiter eignet sich der Unternehmer auch von der Arbeit der ausländischen Kollegen den Mehrwert an. Zur Erhöhung des Bruttonationalprodukts tragen auch die Gastarbei-

ter bei. Daß sich davon die Kapitalisten immer mehr aneignen, wurde jetzt auch von der SPÖ-Regierung zugegeben. Die Gastarbeiter kommen im leistungsfähigsten Alter, daher erspart sich die herrschende Klasse bei ihnen Schul- und Ausbildungskosten.

Der "Import" von ausländischen Arbeitskräften wird auch nicht beim Schul-und Wohnungsbau, Altersheimen, Kindergärten usw. berücksichtigt. Das führt, vor allem dort wo auch Familien mitkommen, nicht nur zur Ausbeutung durch den Arbeitgeber selbst, sondern auch die Zinswucherer und anderen Agenten können sich enorm bereichern. Elendquartiere in abbruchreifen Häusern werden für die Besitzer zu wahren Goldgruben. "Berater für Gastarbeiter" stoßen sich gesund.

Weiters sollen die ausländischen Arbeiter in den Betrieben die Rolle von Lohndrückern übernehmen und sind sie für den Einsatz zu besonders ungesunden, gefährlichen und schmutzigen Arbeiten gedacht, wobei bei ihnen die primitivsten sicherheitstechnischen und finanziellen Vorschriften außer acht gelassen werden.

Die entscheidende Rolle ist den Gastarbeitern aber als Aggressionsventil zugedacht. Dem dient die Hetze, die von den Massenmedien des herrschenden Kapitals gegen sie entfacht wird. Die erwartete Unzufriedenheit und Rebellion der Arbeiterschaft in den Industrieländern soll ein falsches Ziel finden.

Wirtschaftliche Krisen: Jeder nur einigermaßen wirtschaftlich bewußte Mensch spürt das Heraufkommen von Krisen in der kapitalistischen Welt. Permanente Währungskrisen, Auf- und Abwertungen von Währungen, Handelskriege zwischen den diversen imperialistischen Mächten, Machtkämpfe zwischen Wirtschaftsblöcken, wie USA und EWG, Japan und USA und EWG und kräftiges Mitmischen in diesem imperialistischen Machtkampf von seiten der russischen Sozialimperialisten, treiben zu immer größeren Widersprüchen. Den offenen Kampf zwischen den diversen imperialistischen Mächten versucht man zu verhindern, indem man weltweit Inflationspolitik betreibt auf Kosten der werktätigen Massen, des kleinen Sparers und zum Nutzen des Handels-, Industrie- und Finanzkapitals und der internationalen Spekulation.

Dieser triste Zustand der kapitalistischen Weltwirtschaft wird zwar mit allem dem Kapital zur Verfügung stehenden Mitteln, wie Radio, Zeitungen, Fernsehen, durch Lügen und Phrasen der bürgerlichen parlamentarischen Politiker in ihrer Funktion als Lakaien des Kapitals, verschleiert. Die Wahrheit bahnt sich jedoch langsam, aber sicher ihren Weg bis in das Hirn des verwirrtesten und politisch unbewußtesten Arbeiters und werktätigen Bauern. Mit dem Resultat, daß die Ausgebeuteten beginnen, die Zusammenhänge zu begreifen und auch die wahren Ursachen seines relativen materiellen und geistigen Elends. Der Ausgebeutete beginnt das Kapital, das kapitalistische System als Ganzes, als seinen Feind zu erkennen, als seinen Ausbeuter. Er beginnt zu begreifen, daß Arbeit und Kapital zwei unversöhnliche Antagonisten sind und daß die Widersprüche zwischen dem Proletariat und anderen ausgebeuteten Schichten und Klassen einerseits und den Ausbeutern, dem Kapital andererseits nur mittels Klassenkampfs und schließlich mittels Revolutionierung der bestehenden kapitalistischen Ordnung gelöst werden können.

Aggressionsventil: In dieser Situation beginnt das herrschende Kapital den Gastarbeiter in die Rolle eines Aggressionsventils für den zu erwartenden Unmut der Massen zu manipulieren. Das Kapital versucht mit breiter Unterstützung aller in seinem Solde stehenden Medien, den vorrevolutionären Unmut der Werktätigen auf eine Minderheit zu kanalisieren: den Fremdarbeiter. Es ist Aufgabe aller fortschrittlichen Menschen, dieses Vorhaben zum Scheitern zu bringen und die Volksmassen aufzuklären, was da von den Reaktionären aller Schattierungen gespielt wird. Die Reaktion spekuliert auf das Funktionieren der bekannten "Hackmethode", wo der sozial Stärkere seinen Unmut auf den sozial Schwächeren loszuwerden versucht, um seinerseits zum seelischen Gleichgewicht zu kommen.

Historisches Beispiel: Wir haben viele historische Beispiele, wie solche reaktionären Machinationen vor sich gehen. Einmal sind es die Juden, das andere Mal die Kommunisten, oder eine ethnische Minderheit, z.B. eine slowenische Minderheit usw., denen man die Schuld am sozialen Elend und der Not in die Schuhe schob. Heute baut man vorerst die Gastarbeiter in diesem Sinne auf. Sollte man noch weitere Aggressionsventile benötigen, wird man die fortschrittlichen Menschen hernehmen. Im lokalen Bereich, wie bei uns in Kärnten, wird die slowenische Minderheit herhalten müssen. All dies dient dem alleinigen Ziel und Zweck, die Volksmassen vom wahren Feind der Arbeiter und werktätigen Bauern abzulenken: dem Kapital und dem im Dienste dieses Kapitals stehenden Gesellschaftssystem, der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

All dies muß den Arbeitern und der werktätigen Bauernschaft gesagt werden, damit diese sich nicht in eine Fremdarbeiterhysterie hineinmanipulieren lassen, sondern sich mit den Fremdarbeitern solidarisieren im gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital.

K.G., Kärnten



Der Selbstmord des Hauptmanns E.

Es kommt verhältnismäßig häufig vor, daß beim Bundesheer jemand Selbstmord begeht, und fast immer sind es sensible junge Menschen, die am Kasernenhofdrill zerbrechen. Als sich kürzlich aber nicht irgendein unbekannter Soldat, sondern der Hauptmann Walter Eckerl das Leben nahm, da geriet das Offizierskorps in begreifliche Erregung. Denn ein Hauptmann, selbst wenn ihn einmal seine Vorgesetzten zur Sau machen sollten, hat ja immer noch die Möglichkeit, sich dann seinerseits den aufgestauten Unmut, den Minderwertigkeitskomplex und, wenn's sein muß, auch sadistische Gelüste an den eignen Untergebenen abzureagieren. Warum also beging Hauptmann Eckerl Selbstmord, anstatt sich so wie jeder andere Kommißknopf am altbewährten Radfahrersystem seelisch wieder fit zu strampeln?

Nun, die offiziellen Stellen drucksten eine Weile herum, ehe sie bekanntgaben, der arme Eckerl habe den Tod seiner Frau nicht verwinden können und deshalb Schluß gemacht. Doch die Mauer der Geheimhaltung, die man um den Fall Eckerl errichtete, hat offenbar die Eigenschaft des Schweizer Käses; nämlich Löcher. Und aus einem der Löcher sickerte das Gerücht, der Hauptmann sei Alkoholiker gewesen. Wobei das Gerücht noch harmlos war gegen die Nachricht, die aus einem andern Loch zum Himmel stank: Daß Eckerl die rechte Hand des Bundesheer-Spionagechefs Buschek war, daß er Hilfs- und Bestechungsgelder des amerikanischen Geheimdienstes CIA verwaltete, daß mit diesen Geldern einflußreiche Offiziere bestochen werden und daß Eckerl schließlich — Gelegenheit macht Diebe — sich auch persönlich an den CIA-Geldern vergriffen hätte. Außerdem soll der Hauptmann schuld sein an dem dilettantischen Spionageunternehmen, bei dem Ende Juli 1973 zwei österreichische Segelflieger jenseits der tschechoslowakischen Grenze getötet wurden.

Das alles stand in der „Volksstimme". Wobei an der Sache mit den vom CIA bestochenen Bundesheeroffizieren was Wahres dran sein dürfte, denn andernfalls hätte das sonst so leicht beleidigte Verteidigungsministerium wohl schon längst den Staatsanwalt gegen den verantwortlichen Redakteur in Marsch gesetzt. Es drängt sich demnach eine andere Frage auf: Woher weiß die „Volksstimme" so genau Bescheid über das finanzielle Intimleben gewisser Spionageoffiziere? Daß die Herren Redakteure keinen direkten Einblick in die entsprechenden Gehaltslisten haben, dürfen wir ja wohl voraussetzen. Bleibt also nur die zweite Möglichkeit: Daß die „Volksstimme" diese Mitteilung auf demselben Weg bezog, auf dem sie auch alle andern Mitteilungen bekommt. Auf dem Umweg über Moskau. Wenn man aber in Moskau so hervorragend aufgeklärt ist über die kleinen Freuden und Leiden österreichischer Geheimagenten, so beweist dies wiederum, daß im Bundesheer nicht nur der Geheimdienst einer Supermacht tätig ist, die mit dem Dollar herumwirft, sondern offenbar auch der Geheimdienst einer anderen Supermacht, die mit dem Rubel nicht geizt.

Der Jubel der diversen Wahl„sieger" klang gedämpft. Kein Wunder, denn früher meckerten die Schäfchen zwar, wählten dann aber doch wieder brav ihre Hirten. Das beginnt sich nun zu ändern.

Wenn die "Testwahlen" vom 21. Oktober eine Konsequenz für die Innenpolitik der österreichischen Bourgeoisie enthalten, so diese: Alles bleibt beim alten, Kreisky und seine SP-Mannschaft bleiben Sachwalter der Kapitalsinteressen bis zum Auslaufen der gegenwärtigen Legislaturperiode des Nationalrats, d.h. bis Frühjahr 1975.

Das Wahlergebnis als solches - soweit es für die Betrugs-"Demokratie" der herrschenden Klasse von Belang ist - besagt, kurzgefaßt, folgendes: Beide "Großparteien" können sich einerseits als "Sieger" präsentieren (die SP in Wien mit 60,2 Prozent der gültigen Stimmen gegenüber 56,9 % bei der Gemeinderatswahl von 1969 und 59,5 % bei der Nationalratswahl 1971, und die VP in Oberösterreich mit 47,7 Prozent der gültigen Stimmen gegenüber 45,2 % bei der Landtagswahl 1967 und 44,7 % bei der NR-Wahl); andererseits müssen sie eine Niederlage bekennen, da im Vergleich zu den Nationalratswahlen 1971 die ÖVP in Wien 33,9 Prozent auf 29,3 Prozent und die SPÖ in Oberösterreich von 48,0 auf 43,3 Prozent abgesunken ist. Die FPÖ ist mit einem Stimmenanteil von jeweils 7,7 Prozent in beiden Bundesländern eine "Kleinpartei" geblieben, obwohl sie von beiden "Großparteien" als möglicher Koalitionspartner nach Kräften aufgewertet und von den Massenmedien intensiv propagiert worden war. Die revisionistische "K"PÖ, die in Wien 2,3 und in Oberösterreich 0,9 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, konnte sich noch immer nicht als Auffangbecken für unzufriedene Werktätige und enttäuschte SP-Wähler bewähren.

Die herrschende Klasse zog aus diesem Wahlergebnis die Schlußfolgerung, die Regierungspartei habe sich noch nicht so weit "abgenutzt" und die "große" Oppositionspartei noch nicht so weit "erholt", daß ein Wechsel in der Führung der kapitalistischen Staatsgeschäfte in absehbarer Zeit nötig würde. Eines ihrer gewichtigen Sprachrohre, die "Salzburger Nachrichten", schrieb auf Grund einer Analyse der Regionalwahlen seit Oktober 1971, die SPÖ könne zwar kaum noch mit einer absoluten Mehrheit bei kommenden Nationalratswahlen rechnen, müsse aber "noch nicht fürchten, die relative Mehrheit zu verlieren" (25. Okt. 1973); es forderte zugleich die ÖVP "zu einer sinnvolleren und konstruktiven Oppositionspolitik" auf (3./4. 11. 1973). Die ÖVP-Führung "schaltete" entsprechend, indem sie auf ihrer Gasteiner "Klausurtagung" Anfang November der "sturen Neinsagerei" abschwor und eine "differenzierte Oppositionspolitik" proklamierte, um sich alle Koalitionsmöglichkeiten offenzuhalten. Wie sehr die Großbourgeoisie weiterhin der SP-Führung Vertrauen schenkt, zeigt der Leitartikel der "Presse" vom 5. November, in welchem dem Wiener Bürgermeister und voraussichtlichen Kreisky-Nachfolger Gratz lebhaft hofiert wird.

So weit die Ergebnisse der Oktoberwahl vom Standpunkt der herrschenden Klasse.

Die Scheindemokratie hat eine Schlacht verloren

Was ist aber vom Standpunkt der Arbeiterklasse, der kleinen und mittleren Bauern sowie der übrigen werktätigen Schichten Österreichs zum Ergebnis der Oktoberwahlen zu sagen?

Das wichtigste Ergebnis vom proletarischen Standpunkt ist der hohe Prozentsatz der Nicht- und Ungültigwähler in Wien. Er betrug 22 Prozent. Der ist zwar um drei Prozent weniger als beim Rekord im Jahr 1969 (was einem bürgerlichen Kommentator zu der Frohlockung verführte, die ÖVP hätte diesmal die "Partei der Nichtwähler" überflügelt), muß aber angesichts der Situation beurteilt werden.

Die diesjährigen Wahlen standen im Zeichen einer besonderen gewaltigen Propaganda sämtlicher Parteien. Sie wurden nicht müde den Wählern einzureden, daß die Stimmenabgabe für diese oder jene Liste ein dringend erforderliches Bekenntnis für oder gegen das "System" im Rathaus und darüber hinaus für oder gegen den Kurs der Kreisky-Regierung wäre. Unter dem Hagel von Propaganda und Agitation der auf dem Boden der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung "wahlwerbenden" Parteien hatte sich der gesunde Instinkt der Wiener Wählermassen zu bewähren. Und er hat sich tatsächlich bewährt!

Niemand hatte erwartet, daß an diesem 21. Oktober die Wahlbeteiligung auch nur annähernd so gering sein würde wie im April 1969. Im Gegenteil: Alle Wahlprognosen stützten sich auf die Annahme einer mehr oder weniger "normalen" Wahlbeteiligung, d.h. um 85 Prozent herum. Nun übten aber diesmal rund 268.000 Wiener faktisch Wahlboykott, wobei von den über 1,2 Millionen Wahlberechtigten 21,2 Prozent sich der Stimme enthielten und 0,8 Prozent ungültige Stimmzettel abgaben. Sowohl der ORF als auch die diversen Zeitungen haben diese Tatsache mit großem Unbehagen und unverhohlener Besorgnis registriert.

Doch damit hat es nicht sein Bewenden. Die großkapitalistische "Presse" schrieb (3./4.11.) unter Berufung auf das sozialdemokratische "Meinungsforschungsinstitut" IFES: "Die geringe Wahlbeteiligung in Wien (78 Prozent) dürfte sich nicht auf das Ergebnis vom 21. Oktober (hinsichtlich der Verteilung von Stimmen und Mandaten auf die einzelnen Parteien - d. Red.) ausgewirkt haben, denn die Nichtwähler verteilen sich auf die großen Parteien gleich." Es ist ein bemerkenswertes Eingeständnis dieses vom SP-Abgeordneten Blecha geleiteten Instituts, daß die Wahlboykottierer ebenso unter den traditionellen Wählern der SPÖ wie unter jenen der ÖVP zu finden sind. Seiner Analyse entspricht auch die Einschätzung seitens der VP-Kommentatoren, die wohlweislich ihr Gejammer aus der Vergangenheit unterlassen haben, daß eine große Wahlenthaltung vor allem auf "Kosten der bürgerlichen Parteien" ginge. IFES stellt weiter fest, daß sich auch in Oberösterreich die "Nichtwähler und Unentschlossenen" gleichmäßig auf die beiden Großparteien - im Verhältnis ihrer Stärke - verteilt haben.

Somit dürften in Wien etwa 150.000 frühere oder potentielle SP-Wähler diesmal Wahlenthaltung geübt oder ungültig gestimmt haben. Das ist im Vergleich zu den abgegebenen 570.000 SP-Stimmen ein durchaus beachtliches Ergebnis. Es zeugt nicht nur von der Enttäuschung breiter Massen von der Kreisky-Regierung, sondern auch von ihrer zunehmenden Unzufriedenheit mit der bürgerlichen Scheindemokratie überhaupt.

Dabei hat die VRA zweifellos eine gewisse Rolle gespielt. Sie ist die einzige politische Kraft in Österreich, die seit Jahren konsequent die "demokratisch" verhüllte Diktatur der Kapitalisten mit ihren Schwindelwahlen entlarvt, die einzige politische Gruppe, die auch bei den letzten Wahlen energisch für einen aktiven Wahlboykott gekämpft hat. Freilich, wegen der vorläufigen Schwäche der VRA hat nur ein relativ kleiner Teil jener Wiener Werktätigen, die faktisch die Wahlen boykottiert haben, diese Haltung unmittelbar auf Grund unserer Argumentation eingenommen. Dennoch ist zweierlei unbestreitbar: 1. Die Aktivität unserer Genossen und Sympathisierenden, die am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis, auf der Straße usw. unermüdlich den revolutionären Standpunkt der Marxisten-Leninisten vertraten, die Aktivität unserer Freunde und Leser, die Tausende Boykottaufrufe plakatierten - all diese Aktivitäten haben ihre Wirkung getan. 2. Die große Mehrheit der Nicht- und Ungültigwähler hat, obwohl sie nicht direkt von uns angesprochen werden konnte, wenn schon nicht bewußt, so jedenfalls aus ihrem gesunden Klassenempfinden heraus Wahlboykott in unserem Sinne geübt. Das beweisen Äußerungen von Diskussionsteilnehmern in unserer gut besuchten öffentlichen Versammlung im "Bayrischen Hof", und das beweist auch die verzweifelte Polemik der "Volksstimme" gegen Stimmungen für eine Wahlenthaltung unter den Arbeitern sowie die schmähliche Niederlage der "K"PÖ, die sogar um fast tausend Stimmen weniger erhielt als bei den NR-Wahlen 1971. Man sieht, daß nicht nur unsere Haltung dem Klasseninteresse des Proletariats entspricht, sondern zugleich auch umgekehrt das praktische Verhalten der klassenbewußten Proletarier objektiv unserer Position entspricht.

Unsere Klassengegner zeigen sich jetzt noch mehr als früher besorgt wegen des schwindenden Vertrauens der Volksmassen zur bürgerlichen "Demokratie". Sie tun alles in ihrer Macht Stehende, um durch verstärkte Propaganda der Massenmedien

Über die bürokratischen Kapitalisten

Schulungsreihe im Lokal der VRA, Wien 20, Universumstraße 40, 20.00 Uhr:

Am Freitag, 14. Dezember 1973:
Verwandlung eines Teils der Arbeiteraristokratie in funktionierende bürokratische Kapitalisten

Am Freitag, dem 11. Jänner 1974:
Die bürokratischen Kapitalisten im heutigen Rußland

Gemeinderatswahlen in Wien				
	1969	%	1973	%
Wahlberechtigte	1,274.224	100,00	1,217.341	100,00
Nichtwähler	307.001	24,1	257.919	21,2
Abgegebene Stimmen	967.223	75,9	959.422	78,8
Ungültige Stimmen	11.099	0,9	9.969	0,8
Gültige Stimmen	956.124	75,0	949.453	78,0
SPÖ	544.155	42,7	570.960	46,9
ÖVP	265.541	20,85	278.288	22,9
FPÖ	69.277	5,45	72.921	6,0
"K"PÖ	27.357	2,1	22.093	1,8
Sonstige (Olah, EFP)	49.794	3,9	5.173	0,4

für die Schwindeldemokratie, durch Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung u. dgl. m. dieser Tendenz entgegenzuwirken. Darüber hinaus versuchen sie den Menschen einzureden, daß sie nicht politische Parteien und Programme zu wählen, sondern – genauso wie Filmlieblinge und Schönheitsköniginnen – Parteipolitiker als Personen zu küren hätten. Wir leben angeblich "in einer Zeit, in der Persönlichkeiten mehr gelten als Programme", schreibt z.B. die "Presse" (5. November). Und die "Salzburger Nachrichten" geben zu, daß dies der leichten Auswechselbarkeit der Parteien des Establishments sowie der praktischen Unterschiedslosigkeit ihrer Programme und "Ideologien" zuzuschreiben ist, wenn sie betonen: "Je weniger Parteiprogramme große Unterschiede zeigen und je weniger die Ideologien eine Rolle spielen, desto mehr Gewicht hat der einzelne Politiker." (23. Oktober.) Doch je mehr die Herren Klasseninteressen und soziale Machtfragen in den Hintergrund schieben, je mehr sie – nach Bedarf – "Köpfe" herausputzen (wie Gratz und Wenzl) oder rollen lassen (wie Sima und Slavik), desto mehr enthüllen sie selbst den Betrugscharakter der parlamentarischen "Demokratie" des Kapitals!

Alles in allem lehren die jüngsten Schwindelwahlen: Die bürgerliche Scheindemokratie hat eine Schlacht verloren. Wir müssen unsere Aufklärungsarbeit – in engster Verbindung mit den Tageskämpfen der Werktätigen! – verstärken, um immer mehr Menschen von der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Ausbeuterordnung und der Errichtung der Volksmacht, der wahren Demokratie, zu überzeugen. Wie schwierig unsere Arbeit auch sei, wie undankbar sie manchmal auch scheinen mag – steter Tropfen höhlt den Stein... ●



Unsere Konferenz

Ende Oktober fand eine gesamtösterreichische Konferenz der VRA statt. Die politische Linie unserer Organisation wurde gebilligt und sowohl in außen- als auch innenpolitischer Hinsicht bekräftigt und konkretisiert. Die Konferenz stand im Zeichen einer weiteren Stärkung der VRA auf ideologischem sowie organisatorischem Gebiet.

Wir bringen folgend eine Einschätzung der internationalen Lage, die sich aus dem einleitenden Referat und der darauffolgenden Diskussion ergab.

Die internationale Lage

Wenn wir davon sprechen, daß die Situation für die revolutionäre Weltbewegung ausgezeichnet ist, so ist klar, daß sich diese Situation nur durch ununterbrochenen Kampf ergeben hat. Für uns Marxisten-Leninisten ist es wichtig, das Wesen dieses Kampfes stets richtig zu analysieren, die richtige Linie herauszuarbeiten, damit wir stets die richtigen Argumente und Aktivitäten finden, um die marxistisch-leninistischen Ansichten mit den Empfindungen der werktätigen Massen und den speziellen österreichischen Gegebenheiten koordinieren zu können. An so mancher unklaren Haltung und Handlung wirklich ehrlicher und fortschrittlicher Menschen können wir diese Notwendigkeit klar erkennen.

Wir sehen, daß sich die Widersprüche auf dieser Welt außerordentlich und schnell verschärfen. Das trifft sowohl auf den grundlegenden Widerspruch zwischen Imperialismus und Kolonialismus einerseits und den unterdrückten Nationen und Völkern andererseits zu, als auch auf die Widersprüche zwischen den Imperialisten selbst und hier wieder, besonders den zwischen den Supermächten USA und Rußland. Und wir sehen, daß die Haupttendenz innerhalb dieser Entwicklung die Revolution ist, daß die Völker nicht den Imperialismus fürchten, sondern die Imperialisten die Völker. Wir sehen, daß es tatsächlich so ist, daß Staaten die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung und Völker die Revolution wollen.

Die kapitalistischen Meinungsmacher im Solde der Supermächte wollen den Volksmassen einreden, daß die Situation für "Entspannung und Frieden auf der Welt" besonders günstig sei. Tatsächlich ist aber das Gegenteil wahr. Mit ihrem Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft, um Einflußsphären, Kolonien, Absatzmärkte und strategische Stützpunkte machen die Supermächte nicht nur jede Entspannung unmöglich, sondern sie gefährden nach wie vor im außerordentlichen Maße den Weltfrieden. Die Kriegshandlungen lokalen Ausmaßes, hinter denen die Supermächte stecken, haben faktisch nicht aufgehört. Wirkliche Entspannung könnte es ja nur dann geben, wenn man davon ausgeht, daß alle Länder, ob groß oder klein, gleichberechtigt sein sollen, ungeachtet ihres Gesellschaftssystems, daß die gegenseitige Integrität und Souveränität anerkannt wird, daß es keinen Angriff auf ein anderes Land gibt, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, daß Handel gleichberechtigt und zum gegenseitigen Nutzen betrieben wird, daß friedliche Koexistenz normale zwischenstaatliche Beziehungen ermöglicht.

Diesem Wunsch der Völker arbeiten jedoch die Imperialisten, besonders die Supermächte entgegen. Es ist unweigerlich, daß ihnen der Stein, den sie gegen die werktätigen und unterdrückten Volksmassen schleudern wollen, auf die eigenen Füße fällt. Das hat sich in Indochina klar herausgestellt, wird so im Nahen Osten sein, in Chile, der ČSSR, Pakistan, Afghanistan, überall dort, wo die Supermächte glauben, ihr hinterhältiges, mörderisches, ausbeuterisches Spiel spielen zu können. Sie

---

Der Griff der kapitalistischen Machthaber in die Brieftaschen der arbeitenden Menschen mittels enormer Preissteigerungen ist auch in der finanziellen Situation der VRA spürbar. Wir sagen es ganz offen, daß wir in Geldnot sind. Die Kosten für die Herstellung unserer Zeitschriften und Flugblätter, für den Betrieb unseres Organisationslokals usw. steigen ständig. Deshalb hat die Landesgruppe Wien der VRA beschlossen, das

Entgelt für einen Tag Arbeit

als außerordentliche Kampffondsspende der Organisation zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig richten die Genossen der Landesgruppe Wien an alle Mitglieder in den Bundesländern, an alle Freunde und Sympathisierenden die Aufforderung, sich diesem Beschluß – soweit es ihre Möglichkeiten erlauben – anzuschließen.

„Auf die eigene Kraft stützen", im Vertrauen darauf, daß eine gerechte Sache immer Unterstützung und Solidarität findet, gemäß dieser Leitlinie haben wir immer auch die finanzielle Seite unseres Kampfes betrachtet. Zu Recht!

Wer den Kampf der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) unterstützt, subventioniert keine Bonzen oder freigestellten Funktionäre – die gibt es bei uns nicht –, sondern nur arbeitende Menschen, die ihren Kampf den Interessen des werktätigen Volkes widmen.

Wien, im November 1973 ●

und alle ihre Lakaien werden den aufgehobenen Stein auf die eigenen Füße bekommen. Denn die Volksmassen organisieren sich immer mehr in ihrem gerechten Kampf und organisieren und finden dafür weltweite Solidarität.

Im Herzen Europas hat Österreich schon immer eine besondere Rolle gespielt. Dazu kommt noch, daß die Supermächte in ihren Plänen, sei es jetzt auf der Ebene, auf der sie miteinander zusammenarbeiten, um die Völker zu unterdrücken, sei es auf der Ebene, auf der sie konkurrieren, Europa ein besonderes Augenmerk schenken. Das bedeutet, daß Österreich und sein Volk besonders wachsam sein muß, um nicht Opfer imperialistischer Supermachtpolitik zu werden. Es ist vorrangige Aufgabe für uns den Kampf zu führen, daß Österreich dafür eintritt und sich dazu bekennt, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz Anwendung finden, daß diese Erkenntnis in den Hirnen der österreichischen werktätigen Menschen Platz findet. Wenn uns das nicht gelingt, werden sich diejenigen Kräfte durchsetzen, die ihr Schicksal, das heißt ihre Macht, ihren Profit, mit dem Wohl und Weh der einen oder anderen Supermacht verbinden. Das heißt, das österreichische Volk würde zum Werkzeug imperialistischer Profitinteressen werden, müßte unsägliche Opfer bringen und Blut fließen lassen im Interesse weniger Machthaber. Die Aussichten, diesen Kampf erfolgreich führen zu können, sind ausgezeichnet.

Eine wirkliche Neutralitätspolitik durchzuführen, entspricht dem Anliegen der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes. Was die herrschende Klasse unseres Landes bis jetzt betrieben hat, war alles andere als das. Sie hat ihre Politik zwar als "Neutralität" verkaufen wollen, tatsächlich aber stets ihren Interessen entsprechend gehandelt. Entsprechend der jeweiligen Situation betätigten sich die Machthaber in Österreich als Lakaien des US-Imperialismus, sahen und sehen Chancen für sich in einer Politik des "Dieners zweier Herren" - der Supermächte USA und Rußland - und unterhöhlten genauso die wirtschaftliche Unabhängigkeit, indem sie dem internationalen Monopolkapital - vor allem dem westdeutschen - Tür und Tor öffneten.

Die Zeichen der Zeit sind aber auch von der österreichischen Bourgeoisie nicht zu übersehen. Die immer stärkere Rolle der Dritten Welt in der internationalen Politik zwingt auch sie zum Manövrieren. So ist der Beschluß zu verstehen, die ungeheuerliche exterritoriale Position der Zionisten im Lager Schönau zu beenden. Diesen Beschluß haben wir den Interessen unseres Volkes entsprechend gutgeheißen. Gleichzeitig haben wir festgestellt, daß die Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs konsequent und wirksam nur unter der Führung der Arbeiterklasse verfochten und behauptet werden können. Die "österreichische Lösung" mit Wöllersdorf etc. zeigt, daß diesbezüglich auf unsere herrschende Klasse kein Verlaß sein kann. So eine Heuchelei wird von den Völkern der Dritten Welt glatt durchschaut werden und bewahrt uns nicht vor einer Einbeziehung in imperialistische Machtkämpfe.

Im Machtkampf der Supermächte, dem sozialimperialistischen Rußland und dem amerikanischen Imperialismus, geht es jetzt besonders um die Vorherrschaft in Europa. Die Kreml-Herren wollen das sozialistische China überfallen und sich untertänig machen. Die westlichen Imperialisten mit den USA an der Spitze stoßen sie in diese Richtung. Aber die Renegaten in Moskau wollen sich zu diesem Zweck den Rücken freihalten. Das heißt, sie wollen zunächst ganz Europa unter ihre Herrschaft bekommen. So oder so; durch militärische oder politische Druckmittel. Die US-Imperialisten können aber auf ihre Einflußsphäre in Europa unmöglich verzichten: Deswegen ist das ganze Gerede von "Sicherheit" und "Entspannung" nichts als Betrug! Deshalb gibt es für die Völker Europas nur eine Alternative: Das Diktat der Supermächte abzuschütteln und einen eigenen Weg zu gehen. Nämlich den, der die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes einzelnen Volkes - ob groß oder klein - wahrt und sichert. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Sondernummer
Kostenloses Werbeexemplar

Die rigorose Erhöhung der Preise für Erdölprodukte bedeutet einen unverschämten Anschlag auf die Brieftaschen der arbeitenden Menschen. Dabei wird die gerechte Forderung der exportierenden Länder nach höheren Preisen vorgeschoben. Jahrzehntelang haben die Erdölmonopole auf der ganzen Welt Erdöl gefördert um ein Spottgeld.

Weil sich jetzt die Erdölländer gegen diese Ausbeutung wehren, sollen die Werktätigen die ungeheuren Profite aufrecht erhalten und noch vergrößern. Denn was die Erdölländer jetzt mehr verlangen, ist nur ein Bruchteil dessen, was von den Monopolen auf die Preise aufgeschlagen wird und von den arbeitenden Menschen bezahlt werden soll. Ganz klar ist außerdem, daß im Zuge der "Kostenüberwälzung" die Arbeiter auch höhere Preise für alles zahlen müssen, was direkt oder indirekt mit Erdölprodukten zu tun hat. Das ist faktisch alles. Auch hier werden "höhere Kosten" höheren Profit bringen.

Lassen wir beiseite, was als Luxus beim Autofahren bezeichnet wird. Aber für jeden, der unbedingt mit dem Auto zur Arbeit fahren muß - wie viele Pendler etwa -, für jeden, der seine Heizung auf Öl umgestellt hat (und das sind genug), geht die unmittelbare Belastung zumindest in die 200 Schilling monatlich. Und für viele arbeitende Menschen werden gleichzeitig beide Faktoren zutreffen.

Wie immer, wenn es gilt die arbeitenden Menschen zu manipulieren, gibt es auch jetzt eine Flut von betrügerischen "Argumenten" der herrschenden Klasse, die uns in die Irre führen soll. Wie immer gibt es das Zusammenspiel zwischen "Arbeiterführern" der SPÖ und dem Monopolkapital.

Vorerst hinterfotzig - von den hetzerischen Berufspropagandisten à la Dalma aber bereits offen - wird vor allem gegen die arabischen Länder losgezogen. Ihr Kampf gegen imperialistische Ausbeutung, unter der ja auch Österreich leidet, soll diskriminiert werden. Alles, was dabei vorgebracht wird, läuft darauf hinaus, den Boden vorzubereiten, um militärisch "Ordnung schaffen" zu können und das nötige Kanonenfutter dafür zu mobilisieren. Wer darüber nachdenkt, wird dafür in der Geschichte unzählige Beispiele finden.

Dem österreichischen Volk soll natürlich auch vorgegaukelt werden, daß es "nicht anders gehe". Deshalb die künstliche Verknappung von Heizöl und Benzin, deshalb der groß herausgestellte "Kampf Staribachers um jeden Groschen" - er soll ja als "Verfechter der Arbeiterinteressen" erhalten bleiben.

Alles in allem sollen Benzin, Diesel und Heizöl ein leichteres Hinaufschrauben der Preise auf allen Sektoren ermöglichen. Das war ja sowieso vorgesehen. Jetzt hat man dafür noch ein schönes Alibi gefunden.

Für uns arbeitende Menschen bleibt nur eines übrig: Die Zusammenhänge als unmittelbare kapitalistische Ausbeutung zu erkennen, gegen die wir uns unbedingt wehren müssen. Dabei dürfen wir auf die falschen Freunde nicht länger hören. Wir kennen sie ja. Wir finden sie schon im Betriebsrat, sie sitzen als "Arbeiterführer" in den Parteien, den Gewerkschaften, der Regierung. Wir müssen ihren Einfluß auf uns abschütteln und an unsere eigene Kraft denken. Wenn arbeitende Menschen sich zusammenschließen und gemeinsam den Kampf führen, bleiben sie auch erfolgreich. So viele Beispiele aus anderen Ländern haben uns das ja schon gezeigt.

Programmgemäß soll das Jahr 1974 ein "Ausbeutungsjahr" sein. Nach dem Willen der "Sozialpartner" - an der Spitze Benya und Sallinger - sollen erst wieder im Frühjahr 1975 "Lohngespräche" aufgenommen werden. Bis dahin gedenken sie sich Superprofite zu holen. Vereiteln wir diese Pläne! Organisieren wir in den Betrieben den Kampf um sofortige Abgeltung der Mehrkosten für Heizung, Fahrtspesen etc.

Kampf den ständig steigenden Unternehmerprofiten, die auf Kosten unseres Lebensstandards gehen! ●



68% auf Kosten der Arbeiter?

Über ein halbes Jahr dauert nun schon der "vertragslose Zustand" zwischen Krankenkassen und Zahnärzten. Dabei wird das Wort "Streik" von den Zahnärzten mißbräuchlich verwendet, um Sympathien zu ergattern. Stellen wir uns zuerst folgende Frage: Was würden Regierung, Gewerkschaft, Kammern - die "Sozialpartner" also - unternehmen, wenn Arbeiter eines wichtigen Industriezweiges solange streiken würden? Schon die kleinsten Streikkämpfe der Arbeiter in letzter Zeit wurden wütend bekämpft. Scharfmachermethoden wie Abmeldung von der Krankenkasse, Aushungerung durch Nichtanerkennung seitens der Gewerkschaftsführung, wüste Hetze und Beschimpfungen waren sofort auf der Tagesordnung. Wegen einer Stundenlohnerhöhung von S 2,50 für 1200 Böhler-Arbeiter geriet "die Wirtschaft in Gefahr". Und was geschieht gegenüber den astronomischen Forderungen der Zahnärzte? Nichts! Ein bißchen Theaterdonner, sonst absolut nichts!

Kommen wir gleich zum Kern der Sache. Dahinter steckt die Absicht, vom zahnärztlichen Sektor aus, unser ganzes Krankenversicherungssystem aufzurollen. Und an den "Taten" der SP-Führer und Gewerkschaftsbonzen läßt sich ganz klar erkennen, daß auch hier die Zusammenarbeit SP-Regierung-Unternehmer klappt und durchgeführt wird.



für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark. Einzelpreis S 3,-, Jahresabonnement S 30,-. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Seit Jahr und Tag werden die arbeitenden Menschen mit den Schlagworten "privat ist privat" oder "die Gesundheit muß einem etwas wert sein" usw. dazu verleitet, ärztliche Leistungen (nicht nur bei den Zahnärzten) privat in Anspruch zu nehmen, obwohl ihnen vom Lohn horrende Krankenversicherungsbeiträge abgezogen werden.

Nachdem man nun annahm, die Bevölkerung genügend weichgeklopft zu haben und man sich ziemlich sicher war, daß die Krankenkassenbürokratie sich passiv verhalten wird - sie sparen ja auf diese Art die Vergütung ärztlicher Leistungen ein -, holte die ultrareaktionäre Führung der Ärztekammer zum Schlag aus. Sie ließ die Sektion der Zahnärzte Honorarforderungen stellen, die praktisch nicht erfüllbar sind. Damit wurde ein Etappenziel bei der Zertrümmerung des Krankenkassensystems erreicht: Die Zahnärzte behandeln nicht mehr auf Krankenschein! Die "Verhandlungen" (man kann dieses Wort nur unter Anführungszeichen setzen) zwischen Kassen und Ärzteführung, begleitet vom Theaterdonner der Gewerkschafts- und Kassenbonzen, haben bisher ebenso wie diverse Protestresolutionen von Betriebsräten zu nichts geführt. Und sie werden auch zu nichts führen, weil ja die arbeitende Bevölkerung schön langsam an diesen "Zustand" gewöhnt werden soll. Das heißt bei gleichbleibenden Zahlungen an die Krankenkassen verminderte Leistungen! Darüber hinaus wollen diese Herrschaften ja das Prinzip der "Kostenbeteiligung" allgemein einführen.

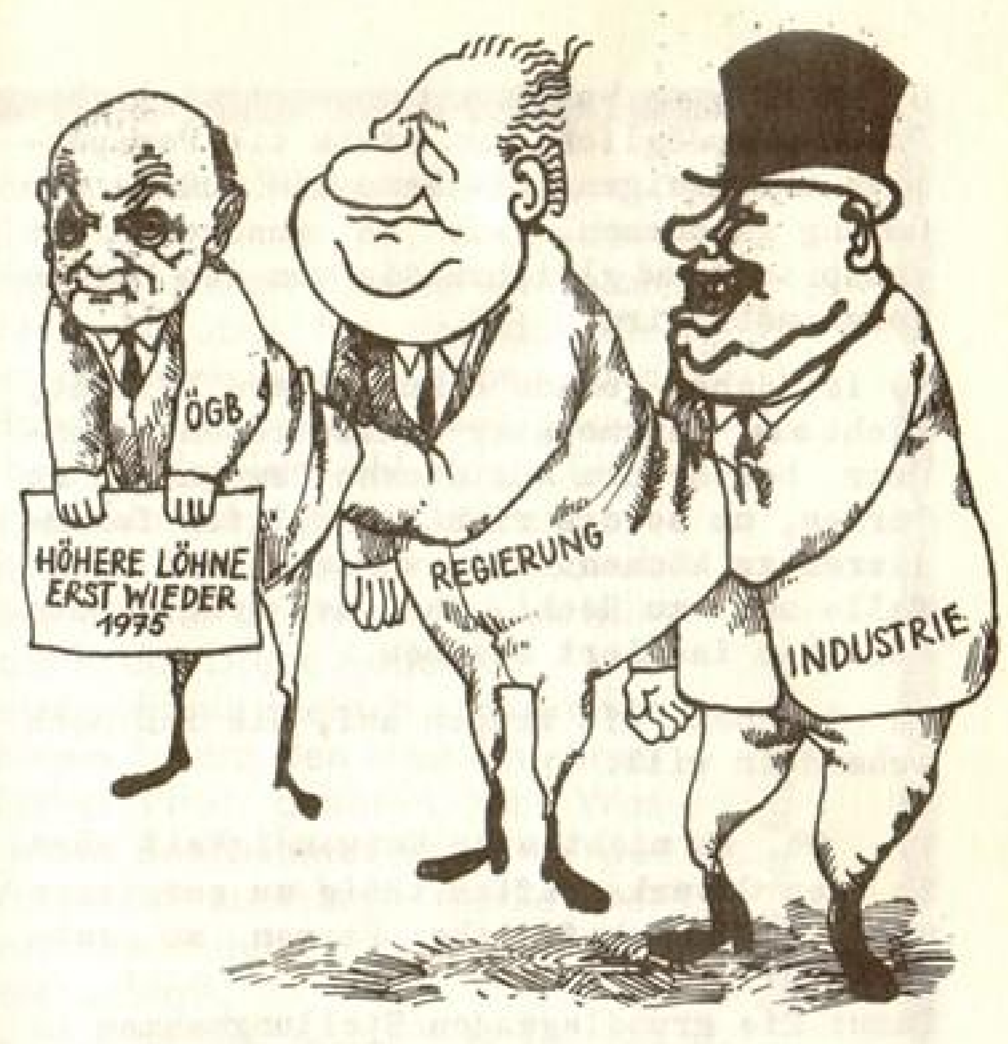
Wir meinen, daß dieser Anschlag auf die arbeitenden Menschen unbedingt abgewehrt werden muß. Lassen wir uns - österreichisch gesagt - nicht länger "am Schmäh halten". Ein altes Arbeiterlied sagt: "Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht"! Wir sollten es nicht länger dulden, daß durch "Zustände" und sonstige Manöver mit der Verschlechterung der Kassenleistungen praktisch unser Reallohn gesenkt wird. Schieben wir Bonzen, Bürokraten und sonstige "Freunde" beiseite! Schließen wir uns zu Aktionen zusammen, um diesem "Zustand" ein Ende zu bereiten und den Herrschaften die Lust zu Anschlägen gegen unsere Geldbörse und Gesundheit zu nehmen!

Keine Beschwichtigung durch papierene Protestresolutionen, sondern machtvolle Vorsprache von Arbeiterdelegationen bei den zuständigen "Herren". Heraus auf die Straße! Was Ärzte, Polizisten, Bauern usw. können, bringen wir doch auch zuwege! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Die Insel der Glückseligen

wird von einer unheiligen Dreieinigkeit regiert



Manche Genossen neigen dazu, einzelne Entwicklungsphasen nicht richtig einzuschätzen. Die Folge ist, daß sich die einen zu große Erwartungen machen, andere im vorhinein mutlos sind. Aus beiden Positionen werden meist falsche Schlußfolgerungen gezogen.

Die Fragen der Betriebsarbeit sowie unsere Einschätzung der Gewerkschaften gehören zum Wichtigsten unserer Praxis und spielen in Diskussionen oftmals eine große Rolle. Ein richtiger Standpunkt ist also unerläßlich.

Wir erleben derzeit, daß sich an der Front des Klassenkampfs bei uns etwas zu rühren beginnt. Damit zeigt sich eben, daß Österreich tatsächlich keine "Insel der Glückseligkeit" ist, sondern die sich verschärfenden Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, sowie der Situation in der Welt, auch bei uns ihren Ausdruck finden. Man hört aber aus "taktischen" Gründen immer dort mehr davon, wo man weit weg vom Ort eines solchen Kampfes ist. Die Massenmedien der Kapitalisten erfüllen ja brav ihre Pflicht. Es ist aber trotzdem möglich, gewisse Schlüsse zu ziehen.

- ★ Die Bestürzung über eine selbständige Kampfaktion der Arbeiter trifft die Kapitalisten wie die mit ihnen verbandelten Gewerkschaftsbonzen gleichermaßen.
- ★ Sofort wird krampfhaft nach neuen Schlagworten und Methoden des Betrugs gesucht. Es gibt "Zuckerln" und Drohungen gleichzeitig.
- ★ Die revisionistischen "K"PÖ-Führer und die verschiedensten Grüppchen aller Schattierungen werden aktiv. Sie versuchen, auf den Rücken der wiedererwachenden Arbeiter ihr Süppchen zu kochen.

Um von den wirklichen Ursachen abzulenken, wird jetzt verstärkt das Krisengespenst an die Wand gemalt, werden allerlei politische und andere "Wirbel" veranstaltet. Die alte Taktik, verwirren, drohen, ablenken, löst sich ab mit einer besonderen Eskalation der Gastarbeiterhetze. Diese Etappe ist eine erste Anfangsphase, stellt erst einen Beginn dar.

Es gibt also bereits die ersten entschlossenen Versuche der Arbeitenden, aufzubegehren. Die Forderungen werden meist noch spontan und emotionell erhoben. Sie haben vorerst oft nur materielle Zielsetzungen. Noch ist die heutige Klassensituation nicht klar genug erkannt, daher fehlt die klare Orientierung. Das zu erkennen ist wichtig, da ja die verschiedensten Gruppen und die sogenannten "Arbeiterparteien" versuchen, solche Kämpfe als "ihr" Verdienst darzustellen. Tatsächlich tragen sie mit falschen Parolen zur Fehlorientierung und zur Verwirrung bei (vielfach ja bewußt), schaden damit der Sache und sind somit den Feinden nützlich.

Wenn wir in der VRA gerade diese Klassensituation in Österreich darlegen, wenn wir aufzeigen und entlarven, wie es mit den Gewerkschaften, den sogenannten "Arbeiterparteien" usw. aussieht, und so den arbeitenden Menschen unseres Landes die Wahrheit sagen, stehen wir alles andere als abseits dieser Entwicklung. Im Gegenteil, diese bestätigt unsere marxistisch-leninistische Analyse.

Und die Losung des Kampfes: "stützen auf die eigene Kraft", formuliert die zwar bittere, aber unumstößliche Notwendigkeit, ohne die es keinen Erfolg geben kann. Gewerkschaften mit einer Politik im Interesse der Arbeiter existieren momentan in Österreich nicht. Um unsere Interessen müssen wir aber trotzdem kämpfen.

Alles andere ist ein Versuch, die Arbeiter wieder zurückzuzerren und in neue Ketten zu legen. Unsere marxistisch-leninistische

Grundlage, verbunden mit unserer täglichen Praxis, ermöglicht uns, stets die Perspektive aufzuzeigen. Das kann und muß in dem Umfang geschehen, wie es unserer Kraft entspricht und gleichzeitig von den Massen verstanden wird.

Es ist daher gerade darum unsere Pflicht, nicht als "Lehrmeister" aufzutreten, sondern bescheiden aus diesen Bewegungen zu lernen, um so die richtige Politik formulieren zu können. Wir würden sonst ebenfalls und zu Recht von den arbeitenden Menschen isoliert bleiben.

Es tauchen oft Fragen auf, die ich noch behandeln will.

1. Ob es nicht eine Notwendigkeit wäre in den Gewerkschaften tätig zu sein oder neue gewerkschaftliche Formen zu entwickeln?
Dazu: Die grundlegenden Stellungnahmen in unseren Zeitungen zeigen doch klar und unmißverständlich die Rolle und Struktur der heutigen Gewerkschaft auf. Daran ist bei den gegebenen Verhältnissen weder von innen noch von außen etwas zu ändern. Die Gewerkschaftsbonzen werden erst "munter" werden, wenn sie ihres Einflusses auf die Arbeiter verlustig gehen, wenn sich die Arbeiter von ihnen nicht mehr gängeln lassen. Dazu muß es aber erst kommen und kann es nur, wenn die Arbeiter in den Betrieben sich ihrer Kraft bewußt werden.

Wenn es aber im Kampf gelingt, Betriebsräte oder untere Gewerkschaftsvertreter zu zwingen, im Interesse der kämpfenden Arbeiter wirksam zu werden, wenn gewerkschaftliche oder arbeitsrechtliche Bestimmungen für den Kampf ausgenützt werden können, so ist das natürlich richtig und wichtig. Vor allem dann, wenn man sich keine falschen Illusionen macht. Die kommenden Auseinandersetzungen werden zeigen, welche Methoden und Formen des Kampfes sich als wirksam erweisen.

Wir sind uns auch bewußt, daß für einen letztlich siegreichen Kampf der österreichischen Arbeiterklasse die Existenz einer marxistisch-leninistischen Avantgarde-Partei notwendig ist. Darum den Kampf zu führen haben wir uns zu einer Hauptaufgabe gemacht. Wir werden ihr besser gerecht werden können, wenn wir alles daran setzen, auch die VRA und ihre Kader zu stärken, stets den Kampf um die Durchsetzung der richtigen proletarischen Linie zu führen. In unserer Grundsatzerklärung ist das ja ausführlich dargelegt.

2. Wirken sich aber erfolglose Kämpfe nicht demoralisierend aus?

Dazu: Keine Kämpfe, welche direkte Klassenauseinandersetzungen sind, bleiben ohne Erfolg. Jeder Kampf liefert ein Beispiel, bringt neue Kämpfer hervor, gibt uns positive und negative Lehren. Da wir uns aber erst in der Phase beginnender Kämpfe befinden, sind "Niederlagen" nicht immer zu vermeiden.

Denn noch halten die Abwehrvorkehrungen des Kapitals stand. Die verschiedensten Mittel: ideologisch, spalterisch, materiell, Drohung mit Aussperrung, Verweigerung der Streikunterstützung, Staatsapparat usw. werden gegen die Arbeiter angewandt. Oft verfehlen sie ihre Wirkung nicht, denn Kampferfahrung und Ausdauer sind in dieser Phase noch gering. Die Solidarität von außen ebenso.

Da es sich aber nie um von der Entwicklung losgelöste Einzelerscheinungen handelt, werden stets neue und machtvollere Klassenauseinandersetzungen einsetzen. Dann wird sich immer mehr zeigen, wo die wirkliche Kraft, wo Wahrheit und Lüge ist, wo Freund und wo Feind steht.

Daraus wird Kampfbewußtsein und Solidarität neu entstehen. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten werden dann ungeachtet ihrer Nationalität, Hautfarbe usw. ihre gemeinsame Lage erkennen und imstande sein, Kämpfe zu Siegen zu gestalten.

Die Angst, welche die herrschende Klasse samt ihren Knechten davor hat, ist aus den Methoden ersichtlich, mit denen sie versucht, ihre Herrschaft zu retten. Diese Angst ist vollkommen berechtigt.

F. M., Vorarlberg

James Bond schlägt wieder zu



Der Aufwand ist gewaltig und erinnert an die Waschmittel-Werbeschlachten vergangener Jahre. Doch der weiße Riese, für den diesmal geworben wird, heißt James Bond, und er bläst nicht der Wäsche frische Leuchtkraft ein, sondern seinen Feinden das Leben aus. Wobei wir anhand früherer James-Bond-Filme ja bereits wissen, daß 007 als besonders scharfes Bleichmittel vor allem gegen Farbiges wirkt. Gegen Chicos (Mexikaner) zum Beispiel oder gegen Gooks (Koreaner) und was es sonst noch alles an Kameltreibern und Tschuschen gibt. Besonders dann, wenn irgend so ein farbiger Untermensch seine dreckigen Pfoten nach einer weißen Frau ausstreckt, ist unser Saubermann prompt zur Stelle und rettet die Dame vor Befleckung. Was ihn allerdings stets dazu ermuntert, ihr dann seinerseits unter die Dessous zu greifen. Aber mit sauberen, weißen Fingern, versteht sich.

Das Buch „Leben und sterben lassen", nach dem der neue Film gedreht wurde, nach welchem wiederum die „Kurier"-Comics-Reihe entstand, hat eine zwar technisch komplizierte, inhaltlich jedoch sehr einfache Schwarzweißhandlung.

Wobei der Ausdruck Schwarzweiß durchaus wörtlich zu nehmen ist, denn dem Weißmacher 007 stehen diesmal schwarze Bösewichter gegenüber. Na, und daß die Schwarzen außer wulstigen Lippen und krausen Haaren auch noch andere Charakterfehler haben, das ist wohl jedem Christenmenschen klar. Apropos Christenmenschen; mit ihrem verdammten Voodookult zerren diese Nigger altehrwürdige christliche Symbole in den Dreck. Außerdem – und das schmerzt nicht nur seelisch – vergreifen sie sich an dem Schatz, den einst ein ehrsamer englischer Pirat gehortet hat. Was Wunder, wenn dann James Bond mit geballter Waschkraft zuschlägt. Merke: Der weiße Riese macht auch Nigger blaß. Zumindest leichenblaß.

In „Leben und sterben lassen" feiert der Rassismus also derart fröhliche Urständ, daß sogar die AZ, das Zentralorgan der SPÖ, verstört aus dem liberalen Schlummer hochfuhr. „Bond, das ist der faschistische Landsknecht des Atomzeitalters", schreibt der Glossist Gluthammer verärgert. Wir wollen hoffen, daß sich Gluthammer nicht die Finger verbrennt an jener Glut, die noch unter tausendjähriger Asche liegt. Wie sagte doch das Oberhaupt der Wiener SPÖ, Bürgermeister Gratz, zu einem „Kurier"-Reporter? „Ich lese James Bond mit Faszination!"

Die literarische Fehlentwicklung des Herrn Bürgermeisters mag darauf zurückzuführen sein, daß er als Jugendlicher vielleicht zu viele Heldengeschichten gelesen hat. Wodurch die Sache allerdings nur schlimmer wird, denn er war bekanntlich ein Schüler der Napola, jener Führernachwuchsschule des Dritten Reiches also, in der man sich bemühte, aus kleinen Buben große Führer zu machen. Aber kleiner Bub ist der Leopold Gratz ja nun wirklich keiner mehr.

. . . und Bürgermeister Gratz ist fasziniert



Nach hartem Kampf erringt der Held den Endsieg. Wieder einmal hat er das Abendland gerettet.

